
Aus dem Inhalt

Kleiner Leitfaden durch den Begriffsurwald

Artikel von Henning Kullak-Ublick

Seite 8

Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen

Stellungnahme zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1995 in Schleswig-Holstein von Johann Peter Vogel

Ständige Änderungen des Schulgesetzes zu Lasten der Ersatzschulen seit fünf Jahren / Eine Verfassungspflicht kann nicht unproportional gekürzt werden / Baukosten und Wartefrist / Die Änderung des Schülerkopfsatzes an Waldorfschulen / Streichung der Finanzhilfe für die Lehrerfortbildung.

Seite 17

Die unendliche Geschichte

Interview mit Hans-Jürgen Bader von Klaus-Dieter Neumann

Die Errichtungsgarantie für freie Schulen / Ersatzschule und Ergänzungsschule / Genehmigungsbedingungen gemäß Art. 7 Abs. 4 GG / Sonderungsverbot und verfassungsrechtlich zulässige Schulgeldhöhe / Ersatzschulen im Primarbereich / Zum Begriff der Weltanschauungsschule / Das besondere pädagogische Interesse / Keine neutrale Stellung der staatlichen Schulverwaltung / Klare Absage an ein staatliches Schulmonopol / Schutz- und Förderpflicht des Staates / Das Existenzminimum – die Grundfinanzierung / Tricks und Manipulationen der Behörden / Absprachen auf hoher Ebene / Ausgleichsanspruch nach einer Wartefrist / Die vorgesehenen Änderungen im Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1995 sind verfassungswidrig / Offensiver den Klageweg beschreiten? / Anerkennung des Stuttgarter Waldorflehrerseminars / Restriktive Schulgesetze in Deutschland.

Seite 21

Knappe Kassen in Kiel

Interview mit Heide Simonis von Wolfgang Weirauch

Die Veränderung des Schülermischsatzes / Kommunale Ausgleichszahlungen / Nur die Institution, nicht die einzelne Ersatzschule wird geschützt / Sonderfinanzierungen / Die Festbetragsregelung wird eingeführt / Wartefristen.

Seite 47

In Kafkas Schloß

Interview mit Bernd Hadewig von Klaus Höfer und Wolfgang Weirauch

Das Land spart gewaltige Summen / Zuschüsse in der Vergangenheit / 1989 wurde am Viertelmix gerüttelt / Engholm ließ sich beim Wort nehmen / Kameralistik – die unproduktive Töpfchenakrobatik / Das Tilburger Modell / Für die Waldorfschulen wird das Rad der Geschichte zurückgedreht / Anerkannte Kosten werden keinesfalls immer erstattet / Die kameralistische Einschnürung führt zum Ruin der Waldorfschulen / Wenn die Höchstbeträge in drei Folgejahren ausgeschöpft werden ... / Die Zuschußberechnung für die Waldorfschulen mit Hilfe der Superzahl / „Man hat uns von den Staatsschülerkosten abgekoppelt“ / Nur ein paar „arme Irre“ knien sich in

die Abrechnungsmodalitäten hinein! / Eigeninitiative stärkt die schöpferische Kraft des Menschen / Festbetragssystem / Neue Modelle für die Schulträger / „Abgeordnete kommen und gehen, aber die Verwaltung bleibt bestehen“ / Ein ernüchterndes Gesamtkunstwerk / Wartefristen / Teile des Haushaltsbegleitgesetzes 1995 sind verfassungswidrig / Wartefristen für Förderschulen sind verheerend / Veränderungen des Schülermischsatzes / Neuregelung des Schullastenausgleichs seit 1991 / Schleswig-Holstein steht im Ländervergleich schlecht da / Welcher Schulgeldbetrag verstößt gegen das Sonderungsverbot? / „Der Konkurs dieser Schule steht dann vor der Tür“ / Der Schulgesetzentwurf der FDP / Die Kieler Zange / Freiwillige Beiträge – Pflichtbeiträge / Die 15%-Klausel / Elternspenden subventionieren das Land / Mangelnde Mobilisierung der Elternschaft! / Irgendwann fährt jeder Schulhaushalt gegen die Wand! / Die Auflösung der Waldorfschulen wurde durchkalkuliert / „Wer Spendenbescheinigungen ausstellt, wird zur Rechenschaft gezogen“ / Der Finanzminister-Erlaß vom 04.01. 1991 und seine Konsequenzen / Durch die Uneinigkeit der Ministerien kommt es zum Knall / Unterschiedliche Abschreibungssätze / Die Banken wollen kalkulierbare Einnahmen sehen / Eine Schule kommt nicht mehr mit normalem Menschenverstand aus / Haftungsbescheide und Steuerstraftaten / Jedes ehrenamtliche Engagement wird erstickt / Vereinsmitgliedschaft gehört zur Sozialgestalt der Waldorfschule, ist aber kein Zwang / Der knallharte Standpunkt des Finanzamtes / Von der gestalteten zur verwalteten Schule? / „Wir brauchen die Hilfe geistiger Wesen“.

Seite 55

Wege aus dem Dilemma?

Interview mit Volkmar Callies und Bodo Richter von Klaus Höfer und Wolfgang Weirauch

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1995 ist das letzte Wort noch nicht gesprochen / „Waldorfschulen sind Ganztagschulen“ / Das Festbetragssystem wird eingeführt / Viele Waldorfschulen rutschen in eine Schuldenspirale / Keine Spendenabzugsberechtigung / Ein zweiter Verein als Weg aus dem steuerlichen Dilemma / „Im Ernstfall sind wir bereit, uns die Problematik einer Schule anzuschauen“ / Fördervereine helfen, den Konkurs einer Schule abzuwenden / Schulen besonderer pädagogischer Prägung / „Die Einnahmen des Fördervereins sind für uns tabu“ / Ohne eine Sonderregelung könnte die Flensburger Waldorfschule nicht existieren / Keine Kompensation nach der Wartefrist / Auch im Bildungsministerium kann man nicht den Kopf in den Sand stecken.

Seite 113

Die Steuerkeule und das Bermudadreieck

Zu Steuerfragen und den Widersprüchen im Bundes- und Landesrecht

Artikel von Klaus Höfer

Der Finanzminister-Erlaß vom 04.01.1991 und seine Folgen / Ein Skandal / Betriebsprüfung der Finanzbehörden / Steuerliche Auswirkungen / Zur Haftungsproblematik / Definition der „Kosten des normalen Betriebs der Schule“ / Die fiskalische Umqualifizierung der freiwilligen Elternbeiträge in Pflichtbeiträge bzw. Leistungsentgelte / Verstoß gegen das Sonderungsverbot / Finanzgerichts-Urteil vom

26.08.1993 / Gemeinnützigkeit / Spendenbescheinigungen / Förderverein und Schulverein / Darlehensvergabe und Spendenweitergabe des Fördervereins an den Schulverein / Rücklagen und Rückstellungen / Widersprüchlichkeiten zwischen Bundesrecht und Landesrecht bei Ersatzschulen / Fazit – das Bermudadreieck / Weitere ungeklärte Widersprüchlichkeiten / Ganztags- oder Halbtagschule? / Schulden dienst / Zinsen. Seite 138

Im Räderwerk gesetzlicher Widersprüche

Interview mit Volkmar Callies und Bernd Hadewig von Klaus Höfer und Wolfgang Weirauch

Das Schulgesetz ist Grundlage der Zusammenarbeit / „Bis wir unser Recht erreichen, sind wir arm geworden“ / Sparen verboten! / „Drei Schulen werden im nächsten Jahr Konkurs anmelden müssen“ / Widersprüche zwischen Steuerrecht und Landeshaushaltsordnung / Der Knebel Schleswig-Holsteins. Seite 180

E/F/F/E

Stellungnahme zum Haushaltsbegleitgesetz 1995 des Landes Schleswig-Holstein von Ingo Krampen Seite 197

Zur Verfassungsmäßigkeit der Regelungen des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes über Zuschüsse an Ersatzschulen in freier Trägerschaft ...

Rechtsgutachten von Frank-Rüdiger Jach

Verfassungsrechtliche Anforderungen an die Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft / Grenzen der Gestaltungsfreiheit des Landesgesetzgebers / Rechtsgrundlagen der Ersatzschulfinanzierung in Schleswig-Holstein / Pädagogische und haushaltsrechtliche Freiheit des Schulträgers / Die Unvereinbarkeit übermäßig regulierender Maßnahmen mit dem Selbstbestimmungsrecht des Schulträgers / Die Bedeutung des unternehmerischen Risikos für die Beurteilung von Kostenwerten / Ausschluß von Altersversorgungsbezügen von der Zuschußgewährung / Verfassungsrechtliche Bedeutung des Sonderungsverbots / Verfassungsrechtliche Bewertung der beabsichtigten Änderung der gegenwärtigen Rechtslage durch den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1995 / Gefährdung der Existenzfähigkeit der Institution des Ersatzschulwesens / Verfassungsrechtliche Bewertung der vorgesehenen Einzelregelungen / Bildungspolitische Entwicklungen im staatlichen Schulwesen. Seite 201

Droht den Waldorfkindergärten in Schleswig-Holstein das Aus?

Fakten und Bemerkungen zur Sozialpolitik der Landesregierung

Artikel von Ulrike Dunkhase-Heinl

Zu den Voraussetzungen der Kindergartenarbeit in Schleswig-Holstein / Das Kindertagesstättengesetz und seine Konsequenzen für die Waldorfkindergärten / Zur politischen Auseinandersetzung um die öffentliche Finanzierung von Waldorfkinder gärten. Seite 237

Buchbesprechung

Seite 243

Liebe Leserinnen und Leser!

Kurz vor den Sommerferien 1994 wurde von dem Bildungsministerium der schleswig-holsteinischen Landesregierung der Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1995 vorgelegt, das so erhebliche Kürzungen für die Waldorfschulvereine des Landes vorsieht, daß der finanzielle Ruin der meisten Schulen vorprogrammiert ist. Verbunden mit dem seit der Schulgesetznovellierung 1990 angewandten kameralistischen Defizitdeckungsverfahren bei den Bezuschussungskosten des Landes sind viele Waldorfschulen auch ohne die für das Jahr 1995 ins Haus stehenden geplanten Kürzungen schon seit Jahren wegen kumulierender Defizite in den Fängen einer Schuldenspirale, die mit beträchtlicher Geschwindigkeit abwärts weist.

Durch den unabhängig von der Landesgesetzgebung geltenden Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 04.01.1991, der das gesamte von Eltern gezahlte Schulgeld sowie alle weiteren Elternbeiträge als Leistungsentgelt ansieht und damit in unauflösbarem Widerspruch zum Schulrecht des Landes Schleswig-Holstein steht, geraten die Waldorfschulvereine endgültig in eine Kralle, aus der es kaum ein Entrinnen geben wird.

Setzt man darüber hinaus noch die Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 09.03.1994 in Relation zum Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1995, so ergibt sich, daß letzterer in einigen Punkten verfassungswidrig ist.

Daß gespart werden muß, wo gespart werden kann – auch bei den Waldorfschulvereinen –, ist unbestritten. Daß die finanzielle Situation im Land äußerst angespannt ist, ist ebenfalls jedem bekannt. Aber die jetzt geplanten Kürzungen für die Waldorfschulen überschreiten jedes erträgliche Maß, verletzen darüber hinaus den Gleichheitsgrundsatz durch einseitige Kürzungen der Finanzmittel zuungunsten der Waldorfschulen und geben Raum für Spekulationen, ob hinter diesem Gesetzentwurf mehr als Sparmaßnahmen steckt.

Wir von der Redaktion des Flensburger Hefte Verlages haben uns deswegen kurzfristig entschlossen, dieses Thema in wenigen Wochen aufzuarbeiten und als Sonderheft vorzulegen. Bei der Erarbeitung stießen wir auf ungeahnte Schwierigkeiten während der Ergründung der rechtlichen Verzwickungen und Widersprüche und der Abrechnungs- und Bezuschussungsmodalitäten, die uns manchmal an die Ohnmacht des Bürgers in Kafkas Schloß erinnerten.

Auch wir mußten uns in äußerst knapper Zeit von einem minimalen Kenntnisstand in die komplizierte Materie einarbeiten, was beim Lesen der Interviews in chronologischer Reihenfolge – wie in diesem Heft angeordnet – durchaus deutlich werden kann. Am Ende ist man dabei natürlich immer schlauer und weiß, wie man vieles hätte anders machen können, aber der Prozeß der Erarbeitung kann von den interessierten Leserinnen und Lesern ohne weiteres nachvollzogen werden und eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit, komplizierte Sachfragen in lebendiger und teils kontrovers-spannender Weise mitzuvollziehen. Vorliegendes Buch dient als Aufklärungsschrift und Arbeitsgrundlage, allerdings ohne Anspruch auf Vollständigkeit und absolute Richtigkeit in jeglichem Detail.

Wir haben uns bemüht, die unterschiedlichen Standpunkte von Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung sowie der Waldorfschulvereine zu Wort und miteinander ins Gespräch kommen zu lassen und vertrauen den Leserinnen und Lesern, sich ihre eigene Meinung aus dem Gelesenen zu bilden. In der Hoffnung, daß die geplanten Kürzungen vor der Beschlußlage im Parlament zurückgenommen werden und die schleswig-holsteinische Schulvielfalt nicht um die bunten Farbtupfer der Waldorfschulen ärmer wird, wünschen wir eine anregende Lektüre.

Es grüßt Sie
Ihre
FLENSBURGER HEFTE-Redaktion

Eine Bitte der Redaktion:

Zur weiteren Bearbeitung des Themas bitten wir Sie, liebe Leserinnen und Leser, uns Dokumente und Unterlagen zukommen zu lassen, die mit den in diesem FLENSBURGER HEFT behandelten Fragen in Zusammenhang stehen. Für jede Anregung und jeden Hinweis auf weitere Sachverhalte sind wir dankbar.